

Begegnungen und Beobachtungen in Belgrad: Impressionen anlässlich des III. Parteitags der Sozialistischen Partei Serbiens (2. März 1996)

Timmermann, Heinz

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Timmermann, H. (1996). *Begegnungen und Beobachtungen in Belgrad: Impressionen anlässlich des III. Parteitags der Sozialistischen Partei Serbiens (2. März 1996)*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 18/1996). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-46144>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Begegnungen und Beobachtungen in Belgrad

Impressionen anlässlich des III. Parteitags der Sozialistischen Partei Serbiens (2. März 1996)

Zusammenfassung

Der SPS-Kongreß hinterließ einen zwiespältigen Eindruck. Auf der einen Seite war er als Multimedia-Show hervorragend organisiert, auf der anderen Seite gab es jedoch keinerlei wirkliche Diskussion, Kritik oder gar Kontroversen. Ähnlich widersprüchlich waren die politischen Aussagen. Positiv fielen die Absichtserklärungen ins Auge, das Abkommen von Dayton umzusetzen und das Land als konstruktiven Faktor des Friedens zu profilieren. Bemerkenswert war darüber hinaus das Bekenntnis zu Europa und das Streben nach Annäherung an die EU. Zugleich scheint jedoch noch nicht voll in das Bewußtsein gedrungen, daß eine Annäherung an die EU die Erfüllung wichtiger Grundvoraussetzungen erfordert. Die BR Jugoslawien/Serbien kann in die europäischen Prozesse nur in dem Maße einbezogen werden, wie sich ihre Repräsentanten zu Normen, Werten und Standards europäischen Zusammenlebens programmatisch bekennen und sie ihrem konkreten politischen Handeln überzeugend praktizieren.

Charakter, Verlauf und Ergebnisse des Parteitags

Anfang März 1996 hatte der Autor Gelegenheit, als Beobachter am III. Parteitag der Sozialistischen

Partei Serbiens (SPS) teilzunehmen und darüber hinaus mit Spitzenpolitikern aus verschiedenen politischen Lagern zu sprechen, darunter auch aus den Reihen der demokratischen Opposition. Der Parteitag selbst fand am 2. März 1996 in dem riesigen, modern-funktionalen Kongreßsaal des Save-Zentrums statt. Mit seinen rund 1.800 Delegierten und Hunderten von Gästen hinterließ er einen recht zwiespältigen Eindruck. Denn auf der einen Seite war der Kongreß unter umfangreichen Sicherheitsvorkehrungen hervorragend organisiert. Er war bewußt als große Multimedia-Show angelegt - gerade auch im Hinblick auf die für den Spätherbst 1996 angesetzten Parlamentswahlen. In seinem hypermodernen, surrealistisch geschönten Aufzug wirkte der Kongreß auf Auslandsgäste eher komisch und mit fortschreitendem Verlauf sogar eher langweilig. Auf die SPS-Delegierten dagegen machte die Show offenbar Eindruck, wie in Gesprächen zu erfahren war.

Die technisch hervorragende Inszenierung kontrastierte jedoch - auf der anderen Seite - auffallend mit dem traditionalistischen, um nicht zu sagen stalinistischen Stil und Charakter des Kongresses. So gab es neben den Beiträgen der Hauptfiguren ausschließlich Auftritte von Delegierten aus den verschiedenen Landesteilen, die die Spezifika und Vorzüge ihrer jeweiligen Region schilderten und das Hohelied auf Größe und Verdienste von *Milošević* anstimmten. Anders herum: Es gab keinerlei wirkliche Diskussion, Kritik oder gar Kontroversen, es gab auch keinerlei wirkliche Auseinandersetzung über Ursachen, Verantwortlichkeiten und Konsequenzen der jüngsten Vergangenheit. Die Berichte, Dokumente und Personalvorschläge der Parteiführung wurden, soweit zu beobachten, einstimmig angenommen. So entwarf der Kongreß ein rosiges Zukunftsbild. "Serbien 2000: Der Schritt in das neue Jahrhundert" lautete das Kongreßmotto. Dieses Bild blieb jedoch merkwürdig unwirklich und abstrakt, da es die mörderische Vergangenheit ebenso ausblendete wie die trübe Gegenwart. Die Strategie der SPS-Führung mag vorübergehend Optimismus verbreiten und damit herrschaftsstabilisierend wirken. Sie birgt jedoch erhebliche Gefahren und Risiken - für den Fall nämlich, daß sich die hochgesteckten Erwartungen unter Parteivolk und Bevölkerung so nicht erfüllen und in Enttäuschung umschlagen. Dies wiederum könnte - so Befürchtungen aus den Reihen der Opposition - von den Verantwortlichen instrumentalisiert werden, indem sie die Schuld für die Misere inneren und äußeren Feinden anlasten. Was waren die zentralen Botschaften, Inhalte und Ergebnisse des Kongresses? Unter Einbeziehung von Erkenntnissen aus Anschlußgesprächen lassen sie sich folgendermaßen umreißen:

- Überragend war die Absichtsbekundung von Parteiführung und vielen Delegierten, das *Abkommen von Dayton* umzusetzen und die BR Jugoslawien/Serbien - "das stabilste Land auf dem Balkan" (SPS-Vize *Šajnović*) - als konstruktiven Faktor des Friedens zu profilieren. Das scheint tatsächlich ernst gemeint, sind doch die Menschen bis hinein in die SPS-Funktionärgruppen tief vom Trauma Krieg und Embargo geprägt. Bezeichnend hierfür war die in Gesprächen wiederholt benutzte Formel "Vor dem Krieg - nach dem Krieg": Der deutsche Gast muß sich erst klarmachen, daß damit der jüngst gestoppte Krieg in Ex-Jugoslawien gemeint ist und nicht etwa der Zweite Weltkrieg! Die Staats- und Parteiführung ist sich ganz offensichtlich bewußt: Die anvisierte Eingliederung des Landes in die internationale Staatengemeinschaft ist nur in dem Maße möglich, wie sie den Friedens- und Aufbauprozeß in Bosnien ernsthaft unterstützt. Darin liegt eine große Chance, die genutzt werden muß. Allerdings war auch diese Absichtsbekundung merkwürdig abstrakt, wurde sie doch weder mit einer Analyse der konkreten Aufgaben und Probleme noch mit differenzierten Einschätzungen von Interessen und Strategien der wichtigsten internationalen Akteure (Kontaktgruppenmitglieder) verbunden. *Karadžić* war ein no name: Seine Person wurde weder positiv noch negativ erwähnt. Dem Beobachter fielen lediglich indirekte Hinweise von Kongreßdelegierten auf wie der folgende: "Wir gelangen nicht ins 21. Jahrhundert, wenn andere im 19. Jahrhundert verharren." Gesprächspartner deuteten diese Verkürzung unterschiedlich. SPS-Repräsentanten verwiesen auf die Schwierigkeiten beim Umsteuern; man könne jetzt noch nicht so präzise sein und müsse manövrieren, um noch immer

starken nationalistischen Gruppen kein Futter zu geben. Gesprächspartner aus der Opposition waren geteilter Meinung. Die einen erklärten die vagen Formeln damit, daß sich *Milošević* nicht festlegen, sondern sich für die Zukunft alle Optionen offenhalten wolle. Andere wiederum sahen darin - auch unter Hinweis auf die politisch breit angelegte Liste der Gastdelegierten - eine bewußte Strategie. Die Friedensschalmaien von *Milošević* seien allein darauf gerichtet, eine Atempause von drei bis vier Jahren zu gewinnen, um erneut mit China, einem KP-regierten Rußland und sonstigen Verbündeten aus dem früheren sozialistischen Lager (z.B. Bulgarien, aber auch Kuba, Vietnam und Nordkorea) eine antiwestliche Achse zu schmieden.

- Bemerkenswert war das *Bekennnis zu Europa* und das Streben nach Annäherung an die EU. Auf die Frage, wie das Regime die ideologische Leere füllen wolle, die nach Diskreditierung von Kommunismus und Nationalismus entstanden sei, nannten SPS-Vertreter das Bekenntnis zu Europa als neue integrative Idee. "Wir gehören doch zu Europa und nicht zu Asien", hieß es wiederholt. Auch dieses Bekenntnis, das viele Kongreßredner etwa mit der Kennzeichnung Belgrads als "Stadt des Friedens" und "europäische Metropole" untermauerten, blieb freilich ambivalent und wurde nicht konkretisiert. Einerseits gewinnt in der Führung offenbar die Einsicht an Boden, daß die EU den wichtigsten potentiellen Modernisierungspartner des Landes bildet. In Gesprächen mit SPS-Vertretern (nicht zu sprechen von der Opposition) werden dabei besondere Hoffnungen auf Deutschland gesetzt, über das weder auf dem Kongreß noch in den Anschlußkontakten negative Worte fielen. Oppositionsvertreter berichteten: Während des Krajna-Kriegs (August 1995) habe *Milošević* Einschätzungen zugestimmt, daß Deutschland innerhalb der EU - als der zentralen internationalen Zukunftspartnerin von Serbien/Jugoslawien - eine herausragende Rolle spiele. Gute Beziehungen zu Bonn seien für Belgrad daher von großer Bedeutung. Auch hier liegen für den Westen große Chancen zur Zusammenarbeit und Einflußnahme. Andererseits scheint aber noch nicht voll in das Bewußtsein gedrungen, daß eine Annäherung an die EU mit der Perspektive einer Mitgliedschaft die Erfüllung wichtiger Voraussetzungen erfordert (Prinzipien von Demokratie, Marktwirtschaft, Menschen-, Bürger- und Minderheitenrechte, Pressefreiheit etc.). Indes: Die erwähnten Prinzipien gelten entweder als bereits weitgehend verwirklicht (im politischen Bereich) oder auf den richtigen Weg gebracht (in der Wirtschaft, so z.B. laut Kongreßrede von Ministerpräsident *Marjanović*). Auf den Tatbestand angesprochen, daß Jugoslawien/Serbien kriegsbedingt Jahre verloren und gegenüber den Reformländern Ostmitteleuropas wichtige Märkte im Westen eingebüßt habe, gibt man sich optimistisch: "Vor dem Kriege" habe Jugoslawien hier den ersten Rang eingenommen, der Rückstand sei also relativ leicht aufzuholen. Diese Einschätzung fügt sich in das Bild unrealistischer und gefährlicher - weil so nicht erfüllbarer und Enttäuschungen vorprogrammierender - Vorstellungen.
- Das Streben nach *Öffnung zur Außenwelt* im Anschluß an die Überwindung der kriegs- und embargobedingten Isolierung fand seinen Ausdruck auch in Anzahl und Rang der insgesamt 61 auswärtigen Gastdelegationen.¹ Dabei spiegelte das breite politische Spektrum der Delegationen - von der KP Chinas über die KP Rußlands, die KP Kubas, den Indischen Nationalkongreß, die KP-Nachfolger Ostmitteleuropas bis hin zu den SI-Parteien SPD, SPÖ, Israelische Arbeiterpartei - zum einen Tradition und Erbe von *Titos* BdkJ, zum anderen aber auch die Absicht, sich für die Zukunft nach allen Seiten offenzuhalten. Einen geschickten Schachzug bildete hierbei die Entscheidung der SPS-Führung, als Vertreter der Gastdelegationen den ukrainischen Parlamentspräsidenten und Sozialistenchef *Moros* um die Grußansprache zu bitten (und nicht

¹ Die Liste der Gastdelegationen findet sich in: *Politika* (Belgrad), 3.3.1996.

etwa W. Kupzow, den Ersten Stellvertreter des KPRF-Vorsitzenden *Sjuganow*). Damit wurde der problematische Eindruck eines Sonderverhältnisses SPS-KPRF bzw. Serbien-Rußland vermieden und zudem Bedeutung und Gewicht der Ukraine unterstrichen.

Struktur, Programm und Politik der SPS

Der Parteitag demonstrierte nachdrücklich: Die SPS befindet sich fest in der Hand ihres Vorsitzenden *Milošević*. Verwunderung über das Fehlen jeglicher Diskussion wurde von SPS-Vertretern so beantwortet: Diskussionen bis hin zu hitzigen Kontroversen wurden im Vorfeld des Kongresses in den Orts- und Landesverbänden geführt. Der Kongreß habe die Aufgabe, die bereits fertige Synthese zu verabschieden und nach außen zu tragen.

Parteiströmungen sind schwer auszumachen, Gesprächspartner nannten wahlweise Alt-Titoisten, Technokraten, Reformer (die Opposition charakterisierte die Partei ohne wesentliche Differenzierungen auch nach der Friedenswende als linksnationalistisch). Personalrochaden wie der überraschende Sturz des jungen Stellv. SPS-Vorsitzenden *Peršević* hatten nach übereinstimmender Ansicht der Gesprächspartner keinen politischen Hintergrund: *Peršević* war für den Geschmack des Vorsitzenden zu selbstbewußt geworden und mußte daher einen Dämpfer erhalten. Angesichts der inneren Starre gewinnt der Einfluß der "Jugoslawischen Linken" (JUL) auf die SPS an Bedeutung, wobei die Einschätzungen über Akteure, Charakter und Zielrichtung des Einflusses auch unter der Opposition nicht einheitlich sind. Die einen meinen, hier organisiere die SPS-Führung eine zweite Partei, die als antinationalistische, "jugoslawisch"-übergreifende Kraft für den Fall in Reserve gehalten werde, daß die SPS an Glaubwürdigkeit und Anhang verliere. Die Mehrheit der Gesprächspartner von der Opposition dagegen charakterisierte JUL als eine reformkritische Kaderformation von Wirtschaftsleitenden, Staatsfunktionären und Intellektuellen. Inspiriert und gelenkt von Mira *Marković*, der Frau des SPS-Vorsitzenden, suche JUL die als zu diffus angesehenen Sozialisten zu beeinflussen und über sie strategisch wichtige Positionen in Staat, Wirtschaft und gesellschaftlichen Organisationen zu besetzen.

Das Programm der SPS zielt auf Demokratie einschließlich Minderheitenrechte und Pressefreiheit, Wirtschaftsreformen mit gemischten Eigentumsverhältnissen und Eingliederung in die europäischen Integrationsprozesse.¹ Dies ist jedoch nur die Papierform, die Wirklichkeit kontrastiert stark mit den Proklamationen. Politisch kontrolliert das Regime über Sicherheitsorgane, Partei, Staatsapparat und Medien die Lage, wobei insbesondere in den ländlichen Regionen Widerspruch kaum möglich ist. Opposition und Kritik werden nur solange geduldet, wie sie dem System nicht gefährlich werden ("repressive Toleranz"). Als Beispiel hierfür nannte ein Gesprächspartner die Probleme der regimekritischen Tageszeitung "Naša Borba" (Auflage: 30.000). Zu allen materiellen Schwierigkeiten unterliege das Blatt einer Blockade der staatlich kontrollierten Vertriebssysteme, so daß es insbesondere die Menschen in der Provinz kaum erreiche. Doch ohne freie und unabhängige Medien werde es keine entscheidenden Verbesserungen geben. In der Wirtschaft seien erste Reformansätze steckengeblieben, hieß es: Das eng mit der SPS-Führung verbundene Wirtschaftsmanagement habe kein Interesse an einschneidenden Strukturreformen, da es dann wegen Unfähigkeit zur Anpassung an die neuen Verhältnisse mit seiner Ersetzung rechnen müsse. Darüber hinaus stemmten sich diese Gruppen gegen eine

¹ Vgl. das Programm-Dokument zum III. Parteitag: "Serbien 2000: Der Schritt in das neue Jahrhundert. Dritter Kongreß der Sozialistischen Partei Serbiens" (russ.), Belgrad 1996. Merkwürdigerweise wurde den Auslandsdelegierten in aktueller äußerer Aufmachung (und in russischsprachiger Version) zusätzlich das SPS-Grundsatzprogramm aus dem Jahre 1992 überreicht: "Serbien 2000: Der Schritt in das neue Jahrhundert. Grundlagen des Programms der Sozialistischen Partei Serbiens", Belgrad 1996. Darin wird entsprechend der damaligen Linie den USA und Deutschland u.a. ein "dem internationalen Recht und den elementaren ethischen Regeln widersprechendes" globales bzw. europabezogenes Dominanzstreben vorgeworfen (S. 59). Im Hinblick auf die Serben bezeichnet es die SPS hier als ihr Ziel, "daß sich in Zukunft sowohl die Krajna als auch die Serbische Republik Bosnien und Herzegowina der Vereinten Republik Jugoslawien anschließen" (S. 61). Bei der unveränderten Neuauflage und der Verteilung dieses Programms kann es sich eigentlich nur um einen bösen Regiefehler der Veranstalter handeln, denn die Kongreßaussagen standen zu den genannten Einschätzungen und Zielen in eklatantem Widerspruch.

wirtschaftliche Öffnung des Landes und plädierten für Protektionismus, da ihre Betriebe ohne Innovationen gegenüber ausländischer Konkurrenz wettbewerbsunfähig seien. Ein Gesprächspartner wies darauf hin, daß es nach einem Greifen von Wirtschaftsformen ja zunächst wie in den Ländern Ostmitteleuropas weiter bergab gehen werde. Doch wohin werde dies angesichts des bereits erreichten Tiefs führen? Es gebe keine Reserven mehr - es sei denn die Reserve "antiwestlicher Nationalismus".

Parteien und Bewegungen

Die Stärke des Regimes wurzelt zum Teil darin, daß sich die Opposition bisher nicht als einheitliche, mehrheitsfähige Kraft und damit als überzeugende Alternative zur SPS-dominierten Regierung profilieren konnte. Die Ursachen für die Schwäche liegen zum einen natürlich darin, daß das Regime die Oppositionsparteien durch allerlei Schikanen drangsaliert und ihnen keine Möglichkeit gibt, sich in den überwiegend staatlich kontrollierten Medien zu artikulieren. Auch von daher die Notwendigkeit eines fairen Zugangs der Opposition zu den Medien sowie der Unterstützung von verbliebenen und neu zu gründenden regimeunabhängigen Kanälen der Massenkommunikation. Hinzu kommen jedoch Akzentunterschiede und Profilierungsprobleme unter den Oppositionskräften selbst - beispielsweise dann, wenn der Demokratische Partei-Chef *Djindjić* Präsident *Milošević* nach dessen Friedensengagement mit nationalistischen Parolen zu überholen sucht oder wenn Bürgerallianz-Chefin *Pesija* gemeinsam mit dem berüchtigten Kriegstreiber *Sešelj* auftritt. Immerhin wollen drei der vier wichtigsten Oppositionsformationen: die Serbische Erneuerungsbewegung (*Drašković*), die Demokratische Partei (*Djindjić*) und die Bürgerallianz (*Pesija*) - nicht dabei ist die mitte-rechts orientierte Demokratische Partei Serbiens unter *Koštanić* - bis zu den Wahlen im Spätherbst 1996 insgesamt 20 gemeinsame Massendemonstrationen organisieren; die ersten beiden fanden bei friedlichem Ablauf und unter starkem Zulauf bereits statt, und zwar am 1. März in Kragujevac und am 9. März in Belgrad. Die Opposition müsse auf ihre eigenen Kräfte zählen, hieß es, denn mit einer Spaltung oder gar einem Zerfall der SPS sei bis auf weiteres nicht zu rechnen.

Die *Serbische Erneuerungsbewegung* hat ihr Hauptquartier in einer modern ausgestatteten Etage an der Kneža Mihajlova in der Geschäfts- und Fußgängerzone im Herzen Belgrads. Der charismatisch wirkende Vorsitzende *Drašković* äußert sich enttäuscht darüber, daß der Westen keinen Druck auf *Milošević* in Richtung auf tiefgreifende innere Reformen ausübe. Während der Krajina-Krise habe der Präsident seine Bereitschaft zur Erfüllung sämtlicher Forderungen der Opposition erklärt, weil er entsprechenden Druck des Westens erwartete. Als dieser jedoch ausblieb, habe *Milošević* seine Versprechen vergessen - so sei eine große Chance für die Demokratisierung vertan worden. Die *Demokratische Partei* hat ihre Zentrale in einem Büro- und Geschäftshaus an der Terazije, ebenfalls im Zentrum Belgrads. Der junge, dynamisch wirkende und fließend deutsch sprechende Vorsitzende *Djindjić* hat in Konstanz und Frankfurt studiert und im Fach Philosophie promoviert. Bis vor kurzem wurde er vom Regime als "Agent Deutschlands" gebrandmarkt (*Drašković* seinerseits galt als "Agent der USA"). Die DS vertritt liberale, proeuropäische Positionen. Auf seine nationalistischen Akzente nach Dayton angesprochen, bezeichnete er dies als ein Mißverständnis. Er sei keineswegs gegen den Friedensprozeß, wohl aber habe ihm die abrupte und opportunistische Art mißfallen, in der *Milošević* die Serben in Bosnien fallengelassen habe: Schließlich gebe es eine gewisse "Fürsorgepflicht" gegenüber den in Bedrängnis geratenen Landsleuten (freilich nicht gegenüber der *Karadžić*-Führung). Im übrigen müsse Jugoslawien/Serbien ein europäischer Staat werden, was allerdings die Beibehaltung der nationalen Identität einschließe, da man sonst im Lande nicht verstanden werde. Mit etwas Glück rechnet sich *Djindjić* bei den Parlamentswahlen eine Mehrheit für die Opposition aus, doch werde *Milošević* dann die Ergebnisse annullieren.

Die *Neue Demokratie* bildete ursprünglich einen Teil der Opposition, ging jedoch nach der Wende zum Frieden auf das Angebot *Milošević*s zum Eintritt in die Regierung ein. Generalsekretär *Hasanović*, ein Muselmane türkischer Abstammung, erklärte dem Gast, daß sich seine Partei in ihrer Programmatik von den Oppositionsformationen eigentlich nicht unterscheide. Der einzige Unterschied bestehe darin, daß

die ND die Regierung konstruktiv von innen (und nicht "von der Straße aus") zu beeinflussen und das Regime in einem evolutionären Prozeß zu verändern suche. Als Beispiel für die Schwerpunkte der nicht problemlosen Arbeit seiner Partei in der Regierung, der die ND mit zwei Ministern angehört, nannte *Hasanoviæ*: Rückhalt für Bankpräsident *Avramoviæ*, der den Dinar stabilisierte; Forcierung der Privatisierung, u.a. durch Hinzuziehung auswärtiger Experten bei der Bewertung von Betrieben; Annäherung an die EU sowie Teilnahme des Landes an dem NATO-Programm "Partnership for Peace". Die *Jugoslawische Linke* (JUL) schließlich übt erheblichen Einfluß auf die Machtstrukturen aus. Nach Auskunft von Präsidiumsmitglied *Stambuk* ist sie z.B. mit sieben Ministern oder Vizeministern in der Regierung vertreten (ohne dabei über Abgeordnete im Parlament zu verfügen). *Stambuk* zufolge wurde die merkwürdig undurchsichtige JUL im Juli 1994 als Sammlungsbewegung von 23 linkszentristischen und reformkommunistischen Parteien und Gruppierungen gegründet und hat heute in der BR Jugoslawien 120.000 Mitglieder (was weit übertrieben scheint). Programmatisch-politisch sei sie flexibel und suche sich als einigende Kraft der Linken zu profilieren. JUL wird sich an den Wahlen im Spätherbst 1996 beteiligen, hat nach Einschätzung der Opposition jedoch wenig Chancen.

Fazit

Die Friedensbekundungen der SPS-Führung und ihr Streben nach Eingliederung in die europäischen Integrationsprozesse sollten zunächst einmal ernst genommen werden. Allerdings sollte Klarheit darüber

bestehen, daß beide Neuansätze ggf. auch wieder zurückgenommen werden könnten - nicht zuletzt deshalb, weil sie nicht wirklich diskutiert und im kollektiven Bewußtsein von Volk und Parteivolk verankert wurden. Ein bedenkliches Beispiel für einen solchen Rückfall bildet die Beschuldigung staatlich kontrollierter Medien an die Adresse des deutschen Spitzendiplomaten in Belgrad, als Agent des deutschen Nachrichtendienstes konspirativ mit dem als Volksverräter charakterisierten *Draškoviæ* zusammenzuarbeiten.¹ Dieser Vorfall beleuchtet schlagartig den autoritären Charakter des Regimes sowie seine Disposition, zwecks Herrschaftssicherung ggf. auch das traditionelle Feindbild Deutschland wiederzubeleben.

Vor diesem Hintergrund muß der SPS-Führung nachdrücklich deutlich gemacht werden: Serbien kann in die europäischen Prozesse nur in dem Maße einbezogen werden, wie sich seine Repräsentanten zu Normen, Werten und Standards europäischen Zusammenlebens (OSZE, Europarat, EU) nicht nur programmatisch bekennen, sondern sie auch in ihrem konkreten politischen Handeln überzeugend praktizieren (das gleiche gilt übrigens auch für Kroatien - nicht zuletzt um den bei vielen, auch oppositionellen Gesprächspartnern anklingenden Vorhaltungen einer Ungleichbehandlung durch den Westen zu begegnen). So gesehen birgt die Öffnung des Landes nur dann Chancen und Perspektiven, wenn der Westen Belgrad beim Wort nimmt und den Kooperationsprozeß mit präzisen Bedingungen verbindet. Ganz besonders gilt dies für den Bereich der Medien: Der faire Zugang der Opposition zu den staatlich dominierten Kommunikationskanälen sowie die freie Tätigkeit privater Medien bildet eine, nach Ansicht der Opposition sogar *die* zentrale Voraussetzung für demokratischen Wandel (vor allem mit Blick auf ungefilterte Information für die ländliche Bevölkerung). Vielfältige Unterstützung aus Deutschland und der EU würde daher eine wichtige Investition in die Zukunft bilden.

Entgegen ihrem Anspruch ist die SPS in ihrer heutigen Verfassung weit davon entfernt, eine demokratisch-sozialistische Partei zu sein. Ebenso wie regressiv Schübe sind längerfristig jedoch auch progressive Wandlungsprozesse nicht auszuschließen. Von daher wäre eine Politik der Isolierung kontraproduktiv. Vielmehr empfiehlt sich die Fortsetzung der illusionslosen Politik bilateraler Kontakte und Gespräche mit der dominierenden Regierungspartei. Parallel zu den SPS-Kontakten sollten jedoch immer auch Gespräche mit Vertretern der demokratischen Opposition geführt werden. Und das nicht nur aus politisch-moralischen Gründen - schließlich repräsentieren sie jene gesellschaftlichen Kräfte, die westlichen Wertvorstellungen und Prinzipien nahestehen. Vielmehr sprechen auch ganz pragmatische Aspekte für eine solche Linie: Bei all ihrer Schwäche und Aufsplitterung bildet die demokratische Opposition in Serbien doch einen wichtigen politischen Faktor, der erheblichen Druck in Richtung Frieden, Demokratie und Wirtschaftsreformen ausübt.

Heinz Timmermann

¹ Vgl. dazu M. Rüb, Das "konspirative" Treffen in einem Belgrader Café, in: FAZ, 27.3.1996.